

Kulturpolitik in Bremen

Renate Heitmann
Kulturrat Bremen

Fangen wir gleich mit dem Unangenehmsten an: Die chronische Unterfinanzierung der Kultur. „Städte schlagen Alarm: Finanzprobleme spitzen sich dramatisch zu – Hilferuf an Bund und Länder“, „Städte drohen handlungsunfähig zu werden“... Kaum eine Ausgabe der Zeitung des deutschen Kulturrates erscheint ohne eine bedrohliche Überschrift zum Thema Kultur(unter)finanzierung. Das ist kein Alarmismus und ist auch in Bremen, vielleicht sogar mehr als andernorts, ein „schlagendes Argument“. Aber es ist auch kein singuläres Problem der Kultur. Die gleichen Klagen hört man z.B. auch aus den Ressorts für Bildung, Wissenschaft und Soziales. Die kommunalen Aufgaben sind in ihrer Gänze bedroht. Deshalb höre ich an diesem Punkt auf, das finanzielle Leid nur zu beklagen und richte stattdessen den Blick auf die Möglichkeiten lokalen politischen Handelns.

Um ein allgemein anerkanntes Ziel zu formulieren, wofür sich die Kulturpolitik einsetzen sollt, zitiere ich aus der Gründungserklärung der Kulturpolitischen Gesellschaft:

- „... die Trennung der ästhetischen und geistigen Welt von den Realitäten des Alltags zu überwinden...“
- „... die Entfaltung und Entwicklung sozialer, kommunikativer und ästhetischen Möglichkeiten und Bedürfnisse sowie Beteiligung aller Bürger am Kulturleben zu fördern...“
- „... die kulturellen Alternativen und Innovationen zum traditionellen Kulturangebot zu ermöglichen...“

Diese Ziele wurden 1976 niedergeschrieben und haben ihre Gültigkeit bis heute nicht verloren. Allerdings stehen die Ziele noch immer als Forderung im Raum und leider nicht als Selbstverständlichkeit! Zudem muss man in der aktuellen Situation unbedingt noch die Herausforderungen des demografischen Wandels und einer Einwanderergesellschaft hinzufügen.

Wofür Künstler und Kultureinrichtungen nach wie vor kämpfen müssen, durch alle Legislaturperioden hindurch, ist die politische und gesellschaftliche Wertschätzung des Subjektiven, der Gestaltung, der Wahrnehmung und Vermittlung von Inhalten durch sinnliche Erfahrung. Die Kunst zielt mit ihren ästhetischen Kriterien und Praktiken auf die Stärkung von Originalität, Egozentrik, Poesie, etc. Diese Eigenschaften widersprechen dem objektivierenden Ansatz des Soziologischen, und lassen sich mit den Parametern des wirtschaftlich Messbaren und den Kriterien des Controllings nicht erfassen. So ist es nicht verwunderlich, dass die Kunst mit ihren sinnlichen und brüchigen Kriterien als unsichere Kantonistin aus den politischen Debatten verbannt ist. Dabei täte es not, in der Politik, der Wirtschaft, der Bildung, der Stadtentwicklung, eigentlich in allem Handeln und Gestalten eines Gemeinwesens, eine ästhetische Haltung einzunehmen, bzw. zu berücksichtigen – anders ausgedrückt: wäre in der Politik und Verwaltung mehr Tiefsinn, Reflektion und Fantasie am Werke, würden wir uns nicht so oft über die flache Pragmatik in den Strukturen beschweren. Das ist eine sehr allgemein formulierte Beschwerde, wenden wir uns einmal der konkreten Praxis zu.

Ich spreche aus der Perspektive der Kultur-Schaffenden: Als Kultureinrichtung, die die eigene Existenz nur mit einem Betriebskostenzuschuss der öffentlichen Hand bestreiten kann, ist eine kooperative Beziehung mit der verantwortlichen Behörde unerlässlich. Diese Kommunikationsstrukturen haben sich in den vergangenen vier Jahren zu einem wesentlichen Teil verbessert und sind verlässlicher geworden. Was nicht heißt, dass nun

eine große allgemeine Zufriedenheit ausgebrochen ist. Es ist eher eine Mischung aus Einsicht in die Notwendigkeiten der Haushaltsnotlage der eigenen Gemeinde und der Befürchtung, dass die Möglichkeit der Verschlechterung der Situation näher liegt, als die Möglichkeit ihrer Verbesserung.

Das sind nicht gerade die besten Voraussetzungen für freies, kreatives Schaffen oder für eine offene Debatte. Die Fragen, die in die Diskussion gehören, betreffen die Potentiale, die wir zur Verfügung haben. Wenn wir jetzt von einem einigermaßen stabilen Status Quo sprechen, dürfen wir die möglichen Sollbruchstellen dieser statischen Situation nicht übersehen.

Wir haben in der Bremer Kulturlandschaft eine Art Klassengesellschaft. Die städtischen Einrichtungen mit ihren Vertrags- und Tarifverpflichtungen auf der einen Seite und den freien Künstlern und Kultureinrichtungen auf der anderen Seite. Die staatliche Subventionierung steht zu dem kreativem Potential, das spartenübergreifend und flexibel auf gesellschaftliche Veränderungen eingehen und vielfältige und generationenübergreifend Angebote unterbreiten kann, in einem sehr unausgeglichenen Verhältnis.

Die Gründung der freien Einrichtungen ist die Folge eines gesellschaftlichen und politischen Wandels in den späten 70er und 80er Jahren. Sie haben sich nicht auf Kosten von anderen durchgesetzt, sondern weil sie etwas anzubieten hatten, was das kulturelle Leben der Stadt bereichert hat. Auf dieses Prinzip von Mehrwert sollten wir setzen, damit immer wieder etwas Neues entstehen kann.

Die derzeitige Situation braucht Impulse und Mut. Sie benötigt das Zusammenwirken von allen Kräften, die sich in und für die Kultur engagieren.

Im Februar 2011